



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
20. Sitzung des Werkausschusses EBL

Sitzungstermin:	Donnerstag, 10.09.2020	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	17:49 Uhr	
Sitzungsort:	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Aneta Wolter - CDU	Vertretung für: Herrn Dr. Burkhard Eymer	
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Dr. Carsten Grohmann - CDU		
Frank Heidemann - Die Unabhängigen	Vertretung für: Herrn Wolfgang Neskovic c/o Fraktionsgeschäftsstelle Die Unabhängigen	
Dr. Marek Lengen - SPD		
Hans-Jürgen Martens - DIE LINKE	Vertretung für: Frau Katjana Zunft	
Detlef Thannhäuser - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Frau 2. Stellvert. Stadtpräsidentin Silke Mählenhoff	
Frank Zahn - SPD		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Rainer Bischoff - SPD		
Inge Hennig - SPD		
Rüdiger Hinrichs - FREIE WÄHLER & GAL		
Andy Kuba - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Thomas-Markus Leber - FDP	Vertretung für: Frau Dr. Michaela Blunk	
Tim Alexander Reclam - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Klaus Hinrich Rohlf - CDU		
Beiratsmitglieder		
Helmut Franzke - Seniorenbeirat	nur öffentl. Teil	
Verwaltung		
Jürgen Adler -	EBL	
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	FBL, FB 3	
Frank Luschas -	EBL	

Tino Martsch - 3.700 EBL	EBL
Petra Poltrock - FBC FB 3	FBC, FB3
Stefan Schmedemann - 3.700- EBL	EBL
Cornelia Tews -	EBL
Enno Thyen -	Spartenleiter Stadtentwässerung
Dr. Jan-Dirk, Verwey - 3.700 EBL	Direktor EBL
Erhard Wilcken -	Geschäftsführer WA EBL
Protokollführung	
Undine Wetter -	EBL
Gäste	
2 Bürger -	nur öffentl. Teil
Kai Dordowsky -	LN, nur öffentl. Teil
Sonja Lengen - SPD	SPD
Entschuldigte Mitglieder	
Vorsitz	
Dr. Burkhard Eymer - CDU	entschuldigt
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
2. Stellvert. Stadtpräsidentin Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
Wolfgang Neskovic - Die Unabhängigen c/o Fraktionsgeschäftsstelle Die Unabhängigen	entschuldigt
Katjana Zunft - DIE LINKE	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Dr. Michaela Blunk - FDP	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung	
2.1	Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte 11-15 können nach der Maßgabe einer entsprechenden Beschlussfassung durch die Mitglieder des Werkausschusses nichtöffentlich beraten werden.	
3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.08.2020 - öffentl. Teil	
4	Mitteilungen	
4.1	Mitteilungen der Fachbereichsleitung	
4.2	Mitteilungen der Werkleitung	
4.2.1	Kosten von Einwegplastik in der Umwelt	
4.2.2	Status zur Entsorgung von Abbruchabfällen aus kerntechnischen Anlagen in Schleswig-Holstein	
4.2.3	Informationen zu anstehenden Satzungsänderungen	
4.2.4	Klimabericht EBL 2018	
5	Beschlussvorlagen	
6	Berichte	
7	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7.1	Dringlichkeitsantrag DIE LINKE: "Konzept öffentliche Toiletten in der Lübecker Innenstadt"	VO/2020/08955
7.2	Freie Wähler & GAL: Ergänzungsantrag zum Dringlichkeitsantrag DIE LINKE: "Konzept öffentliche Toiletten in der Lübecker Innenstadt"	VO/2020/08955-01
8	Anträge von Ausschussmitgliedern	
9	Verschiedenes	
9.1	Antwort auf Anfrage des AM Thomas-Markus Leber (FDP) zu einem offensichtlichen Problem bei Großraumbehältern, die zur Altpapierentsorgung eingesetzt werden	VO/2020/09196-01
9.2	Anfrage des AM Thomas-Markus Leber, FDP, zur Thematik	VO/2020/09290

	Deponieerweiterung Deponie Niemark	
9.3	Neu: Anfrage Hr. Dr. Grohmann zu Solar-Papierkörben	
9.4	Neu: Anfrage Hr. Zahn zur Reinigung von Verkehrsinseln	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Die stellvertretende Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht die stellvertretende Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Die stellvertretende Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Die stellvertretende Vorsitzende verpflichtet das bürgerliche Ausschussmitglied Herrn Rainer Bischoff mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten, weise sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe sie hiermit in ihr Amt ein.“

zu 2 Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung

zu 2.1 Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte 11-15 können nach der Maßgabe einer entsprechenden Beschlussfassung durch die Mitglieder des Werkausschusses nichtöffentlich beraten werden.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Tagesordnung und die Zuordnung der als vertraulich zu behandelnden Tagesordnungspunkte 11 – 15 zum nichtöffentlichen Teil.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.08.2020 - öffentl. Teil

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 4 Mitteilungen

zu 4.1 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

Herr Senator Hinsen verweist auf drei Mitteilungen zu den folgenden Tagesordnungspunkten, die er gemeinsam mit Herrn Dr. Verwey vortragen werde.

zu 4.2 Mitteilungen der Werkleitung

zu 4.2.1 Kosten von Einwegplastik in der Umwelt

Herr Senator Hinsen findet die Zahlen erschreckend. Umso wichtiger sei diese Initiative. Er verbindet persönlich damit einen politischen Appell zum Thema Produkthaftung. Es läge in unserer Pflicht, über einen vernünftigen Weg nachzudenken, wie könne Müll immer mehr vermieden werden, so dass Einwegplastik überhaupt kein Gesprächsthema mehr sei.

Herr Dr. Verwey geht detailliert auf den Hintergrund der bundesweiten Studie in Zusammenarbeit mit dem Bundesumweltministerium und ausgesuchten Städten ein. Lübeck habe sich hieran beteiligt und die Zahlen unserer Stadt seien mit in die Studie eingeflossen. Die EBL habe gerne daran teilgenommen, auch im Zusammenhang einer künftigen Kostenreduzierung für Straßenreinigungsgebühren und den städtischen Haushalt. So sollen mit zusätzlichen finanziellen Mitteln von Herstellern Städte und Kommunen gestärkt werden, um die Stadtsauberkeit zu erhöhen. Der Link zu dieser Studie sei dem Protokoll anzuhängen.

<https://www.bmu.de/pressemitteilung/einwegplastik-und-zigarettenkippen-in-der-umwelt-kosten-kommunen-jaehrlich-700-millionen-euro/>

Zu den Themen Müllvermeidung, Kunststoffverpackungen in Supermärkten und Mehrwegbechern diskutieren die Herren Senator Hinsen, Dr. Verwey, Martens und Franzke.

zu 4.2.2 Status zur Entsorgung von Abbruchabfällen aus kerntechnischen Anlagen in Schleswig-Holstein

Herr Senator Hinsen erläutert das mögliche Begehren der Landesregierung bezüglich einer Zuweisung zur Entsorgung von Abfällen aus kerntechnischen Anlagen. Es werde diskutiert, bestimmte Mengen in Lübeck zu deponieren. Aufgrund einer Anfrage aus dem Kreis Dithmarschen, die unsererseits abgelehnt wurde, gab es eine Anfrage des Ministeriums, die natürlich darauf hinweise, dass eine entsprechende Anweisung zur Annahme dieser Abfälle nicht auszuschließen sei. Die EBL habe auf den Bürgerschaftsbeschluss verwiesen und das Warum erläutere und welche Bedingungen erfüllt sein müssten, um derartige Abfälle annehmen zu können. Dieses Thema werde zudem in verschiedenen Gremien diskutiert. Wir werden gleichermaßen alle beteiligten Gremien über den weiteren Verlauf informieren.

Herr Dr. Verwey spricht die finanzielle Seite an und dass auf die Satzung verwiesen worden sei. Speziell gehe es hierbei um Dämmmaterial sowie asbesthaltiges Material aus dem KKW Brunsbüttel. Ein Preis könne nicht beziffert werden, dies hänge von unterschiedlichen Faktoren ab.

zu 4.2.3 Informationen zu anstehenden Satzungsänderungen

Herr Senator Hinsen gibt bekannt, dass die EBL sich zurzeit mit sämtlichen Gebührensatzungen und Grundsatzungen beschäftige und der Werkausschuss hierüber heute im Vorwege informiert werde. Mit Erhöhungen sei zu rechnen, jedoch werde keine neue Gebührenwelle auf die Bürger zukommen.

Herr Dr. Verwey informiert die Werkausschussmitglieder über die anstehenden Satzungsänderungen zum 01.01.2021. Diese seien im Oktober und November 2020 in den Gremienlauf Senat, Werkausschuss, Hauptausschuss, Bürgerschaft zu bringen, um am 01.01.2021 in Kraft treten zu können. Deshalb möchte er in der heutigen Sitzung gern ausführlicher berichten. Die Satzungen unterliegen einem regelmäßigen Anpassungsbedarf. Formale Punkte können vorbesprochen und im Nachgang Fragen beantwortet werden. In der Werkausschusssitzung im November seien alle Satzungsänderungen vorzustellen und abzustimmen. In diesem Thema stecke viel Abgaben- und Verwaltungsrecht, welches Herr Luschas, Abteilungsleiter Abgaben/Satzungen, heute allen Ausschussmitgliedern näher vorstellen möchte.

Herr Luschas erklärt, eines der zentralen Themen folge dem Prinzip „erst Leistung, dann Gebühr“. Er geht ausführlich und sehr detailliert auf die geplanten Satzungsänderungen ein. Dazu gehören die Abfallwirtschaftssatzung, die Abfallgebührensatzung, die Entwässerungsgebührensatzung sowie die Straßenreinigungs- und Straßenreinigungsgebührensatzung, die momentan aufgrund gesetzlicher Änderungen sowie der Rechtsprechung überarbeitet und im Oktober/November in die einzelnen Gremien gebracht werden sollen. Die Satzungsänderungen würden sodann ab 01.01.2021 gelten, so dass es wichtig sei, diese der Bürgerschaft in der November-Sitzung zur Entscheidung vorzulegen. Die Stichworte werden als **Anlage 1** dem Protokoll beigelegt.

Herr Zahn bedankt sich für die Zusammenfassung und betont die Wichtigkeit des Anpassungsprozesses sowie der Mitnahme der Politik im Vorwege und darüber hinaus aller bekannten Lübecker Institutionen, wie Haus & Grund, Siedlerbund usw. Dieses sei ein sensibles Thema, welches ausreichend Raum für konstruktive Diskussionen benötige. Weiterhin möchte er wissen, ob dies lediglich die Hansestadt Lübeck betreffe oder ob es ein Prozess sei, den alle Entsorger durchführen müssten.

Herr Luschas erklärt, dass die EBL sich an die Bundesrechtsprechung und an die Rechtsprechung in Schleswig-Holstein orientieren müsse. Zukünftige Klagen gegen Satzungen seien ein steter Prozess, der grundsätzlich nicht zu stoppen sei. Jedoch bestätigt er die Wichtigkeit eines rechtzeitigen Mitnahmeprozesses der Entscheidungsträger und anderer Institutionen, um für dieses Thema auf ständige Anpassungen und Trends im Vorwege sensibilisieren zu können. .

zu 4.2.4 Klimabericht EBL 2018

Herr Dr. Verwey stellt kurz den Klimabericht der EBL aus dem Jahre 2018 vor und weist auf die Möglichkeit der Mitnahme in Papierform hin.

Herr Senator Hinsen berichtet in diesem Zusammenhang von den Überlegungen, aus dem derzeitigen Klimabericht einen Nachhaltigkeitsbericht zu entwickeln, der ab 2020 zusätzliche Aspekte enthalten werde, um die bestehenden und fortschreitenden, nachhaltigen Innovationen stärker nach außen zu transportieren. .

zu 5 Beschlussvorlagen

Keine.

zu 6 Berichte

Keine.

zu 7 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 7.1 Dringlichkeitsantrag DIE LINKE: "Konzept öffentliche Toiletten in der Lübecker Innenstadt" Vorlage: VO/2020/08955

Herr Martens bemängelt die Situation der öffentlichen Toiletten, besonders in der Lübecker Innenstadt. Während der Corona-Krise sei dies noch deutlicher geworden. DIE LINKE habe speziell während dieser Zeit u. a. die Obdachlosen unterstützt. Auch findet Herr Martens, dass die „Nette Toilette“ auf dem Marktplatz 24 Stunden geöffnet haben sollte. Er verweist auf die Unterstützung und den Zusatzantrag der Fraktion Freie Wähler & GAL und bittet darum, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Senator Hinsen erklärt, dass das Konzept öffentliche Toiletten für die Hansestadt Lübeck in Vorbereitung sei und auch das Thema „geschlechterneutrale Toiletten“ aufgenommen und diskutiert werde. Er schlägt vor, dies nicht in der heutigen Sitzung zu entscheiden, sondern dieses Konzept als Gesamthema auf Basis einer entsprechenden Vorlage der EBL für eine der nächsten Sitzungen einzuplanen. Herr Dr. Verwey zeigt sich zuversichtlich, diesen Punkt für die Tagesordnung der WA-Sitzung im November vorzusehen, die allerdings generell eine umfangreiche Tagesordnung habe.

Die stellvertretende Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen. Die Ausschussmitglieder sind einverstanden.

Beschluss:

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Die Hansestadt Lübeck plant ein neues Konzept über öffentliche Toiletten für die Lübecker Innenstadt.

Folgende Maßnahmen sind in diesem Konzept enthalten:

1. Am Markt bzw. Rathaus entsteht eine öffentliche Toilette die 24 Stunden benutzbar ist.
2. Außerdem entstehen mindestens sieben weitere 24 Stunden offene Toiletten an touristisch viel frequentierten Orten in der Innenstadt.
3. Das Konzept „nette Toilette“ kann weitergeführt werden. Ist aber nur als ein zusätzlicher Service zu den öffentlichen Toiletten anzusehen.
4. Alle neuen Toiletten werden als „geschlechterneutrale Toiletten“ ausgeführt.

Der Bürgermeister möge das Konzept zur Novembersitzung der Bürgerschaft 2020 vorlegen..

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 7.2 Freie Wähler & GAL: Ergänzungsantrag zum Dringlichkeitsantrag DIE LINKE:
"Konzept öffentliche Toiletten in der Lübecker Innenstadt"
Vorlage: VO/2020/08955-01**

Aufgrund des Ergebnisses des TOP 7.1 in dieser Angelegenheit zieht Herr Hinrichs den Antrag der Fraktion Freie Wähler & GAL hiermit zurück und bittet um Berücksichtigung der beiden relevanten Punkte „genderneutrale Wickelmöglichkeiten für Kleinkinder“ sowie „Gewährleistung der Barrierefreiheit“ in das Gesamtkonzept.

Herr Zahn findet die Situation der öffentlichen Toiletten in Lübeck grundsätzlich nicht schlecht. Es gebe in der Tat 69 öffentliche Toiletten, 17 davon in der Innenstadt plus diverse „Nette Toiletten“, eine sehr gute, immer saubere und kostengünstige Ergänzung zu den öffentlichen Toiletten. Er merkt an, dass die Hinweisschilder verbesserungswürdig seien und weist zusätzlich auf die gut funktionierende App hin.

Beschluss:

Das Konzept für öffentliche Toiletten soll genderneutral Wickelmöglichkeiten sowie Barrierefreiheit gewährleisten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	X

zu 8 Anträge von Ausschussmitgliedern

Keine.

zu 9 Verschiedenes

**zu 9.1 Antwort auf Anfrage des AM Thomas-Markus Leber (FDP) zu einem offensichtlichen Problem bei Großraumbehältern, die zur Altpapierentsorgung eingesetzt werden
Vorlage: VO/2020/09196-01**

Die Antwort wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Von der EBL werden für die Altpapierentsorgung bei Großkunden und in Wohnanlagen 4-Rad-Großraumbehälter u. a. der Marke Sulo zur Verfügung gestellt. Diese Großraumbehälter verfügen über eine spezielle Papiereinwurfhaube und sind zudem abschließbar.

Seit einiger Zeit scheint es im Hinblick auf die Abschließbarkeit der Großraumbehälter ein massives Problem zu geben.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 9.2 Anfrage des AM Thomas-Markus Leber, FDP, zur Thematik Deponieerweiterung Deponie Niemark
Vorlage: VO/2020/09290**

Herr Hinsen schlägt vor, die Beantwortung der Fragen in schriftlicher Form zur nächsten Werkausschusssitzung im November vorzubereiten und bittet um Verständnis. Herr Leber ist einverstanden.

Beschluss:

Bezug nehmend auf die Sitzung des Werkausschusses vom 11.06.2020 und der dort gemachten Aussagen zu einer möglichen Deponieerweiterung der Deponie Niemark bitte ich um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie groß sind aktuell die zu deponierenden Abfallmengen aus der Hansestadt und den Umlandgemeinden?
2. Welches Volumen hat die aktuell noch zur Verfügung stehende Deponiefläche?
3. Welche Restkapazitäten hat die Deponie Niemark bei den bisherigen Abfallmengen, insbesondere bei Bauschutt?
4. Wann werden die Kapazitäten der Deponie Niemark rein rechnerisch erschöpft sein, wenn die zu deponierenden Abfälle in Art, Güte und Menge auf dem aktuellen Niveau verbleiben?
5. Gibt es Abfallarten, die bislang noch nicht in Niemark eingelagert werden, für die aber zukünftig Bedarf bestehen könnte und die zur Einlagerung zugelassen sind?
6. Welche weiteren Geschäftsfelder könnten sich für die Deponie Niemark ergeben?
7. Ist damit zu rechnen, dass der von der zuständigen Genehmigungsbehörde LLUR genehmigte Annahmekatalog erweitert wird?
8. Welche Flächen kommen für eine Erweiterung der Deponie in Frage? Wie groß sind diese Flächen jeweils?
9. Welche Flächen stehen in welcher Größe bereits für eine Erweiterung zur Verfügung?

10. Welche Interessenkonflikte zeichnen sich bei den Erweiterungsflächen mit anderen Nutzungen ab?
11. Wann müsste ein Planfeststellungsverfahren für eine Erweiterungsfläche eingeleitet werden?
12. Ist neben dem Planfeststellungsverfahren mit weiteren Verfahren, zum Beispiel mit einem Zielabweichungsverfahren zu rechnen?
13. Wieviel zeitlicher Vorlauf bis zur Nutzung von Erweiterungsflächen wird benötigt? Mit welchen Planungszeiträumen ist bei langfristigen Erweiterungsplänen zu rechnen?
14. Welche anderen Flächen auf dem Gebiet der Hansestadt Lübeck wären theoretisch auch denkbar, um eine zentrale Deponie einrichten zu können? Oder sind die Flächen der Deponie Niemark alternativlos?
15. Wie wird das Land auf entsprechende Erweiterungsbestrebungen reagieren? Ist mit Zustimmung zu rechnen? Wird eine Erweiterung gar vom Land gewünscht oder angestrebt?
16. Die Hansestadt hat sich gegen die Aufnahme von freigemessenen Abfällen aus den stillgelegten Atomkraftwerken des Landes auf der Deponie Niemark ausgesprochen. Ein entsprechender Beschluss erfolgte am 18.11.2019. Der Verbleib der zukünftig anfallenden AKW-Abfälle konnte bislang nicht abschließend geklärt werden. Deshalb die folgenden Fragen:
- 16 a. Ist es richtig, dass das Land Schleswig-Holstein der Hansestadt eine Vorgabe / eine Weisung erteilen könnte, die freigemessenen Abfälle aus dem AKW Brunsbüttel sowie die der anderen stillgelegten AKWs auf der Deponie Niemark einzulagern?
- 16 b. Gab es oder gibt es diesbezüglich bereits in jüngerer Zeit entsprechende Anfragen oder Sondierungsgespräche?
- 16 c. Wie würde die Hansestadt mit einer entsprechenden Weisung umgehen?
- 16 d. Welche Auswirkungen auf die Restbetriebszeit und Restkapazitäten hätten die ursprünglich angedachten Einlagerungsmengen aus dem AKW Brunsbüttel?

Um eine schriftliche Beantwortung der Fragen wird gebeten!

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 9.3 Neu: Anfrage Hr. Dr. Grohmann zu Solar-Papierkörben

Herr Dr. Grohmann schlägt Mülleimer mit flexiblen Leerungs-Intervallen als Modellprojekt in Lübeck vor und fragt nach einer möglichen Umsetzung. Herr Dr. Verwey geht auf die Papierkorbsysteme mit Presse ein und erläutert die Vorteile. Es gebe Nachbarkommunen, die mit diesem System arbeiten. Die EBL habe nach Recherche festgestellt, dass es für unseren Arbeitsrhythmus (feste Touren, kein zusätzlicher Zeitaufwand Papierkörbe zu entleeren) eher hinderlich und nicht effizient umsetzbar sei. Herr Dr. Grohmann regt einen Pilotversuch an.

Herr Senator Hinsen sei dankbar und stets offen für neue Gedanken. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass im kommenden Jahr der unbefriedigende Zustand in der Vorderreihe in Travemünde näher betrachtet werde.

Herr Zahn verweist auf die Zuständigkeit des Kurbetriebes Travemünde. Herr Dr. Verwey erklärt, dass die EBL für die Straßenreinigung zuständig sei.

zu 9.4 Neu: Anfrage Hr. Zahn zur Reinigung von Verkehrsinseln

Herr Zahn bemängelt den optischen Zustand der Verkehrsinseln in Lübeck, die einen ungepflegten und unordentlichen Eindruck hinterlassen würden. Für 2021 sei dieses Konzept ebenfalls verbesserungswürdig und zudem ein wichtiger Beitrag zur Mitgestaltung eines anspruchsvolleren Stadt- und Straßenbildes, speziell mit Blick auf die Verkehrsinseln. Herr Dr. Verwey informiert, dass die EBL vom BUND angeschrieben worden sind bezüglich der eingesetzten neuen Technik, mit Heißdampf Wildkraut und Schmutz zu entfernen. Dies sei schädlich für Insekten, Kleintiere sowie Wurzeln und deshalb habe es Diskussionen ausgelöst. Für die EBL bedeute dies ein Spagat, da die Verantwortung für saubere Straßen und Plätze ihr obliege. Dies sei eine politische Entscheidung und es müsse demnächst im Werkausschuss über Möglichkeiten diskutiert werden, so Herr Senator Hinsen.

Herr Zahn fragt nach der Zuständigkeit für die Sauberkeit der Verkehrsschilder. Herr Senator Hinsen verweist auf den Fachbereich 5.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Die stellvertretende Vorsitzende schließt um 17:37 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 17:38 Uhr von der stellvertretenden Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt. .

zu 16 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Die stellvertretende Vorsitzende erklärt, dass in der nichtöffentlichen Sitzung 4 Beschlüsse gefasst worden seien und schließt die Sitzung um 17:49 Uhr.

Lübeck, den 11. Dezember 2020

Aneta Wolter
Vorsitzende/r

Undine Wetter
Protokollführung